

N i e d e r s c h r i f t

SozA/009/2018

über die **öffentliche Sitzung des Sozialausschusses**
am **Dienstag**, den **06.11.2018**, von **19:30 Uhr** bis **21:19 Uhr**
im **Sitzungssaal des Rathauses Glandorf, Münsterstr. 11, 49219 Glandorf**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Josef Hesse CDU

Mitglieder

Frau Edeltraud Erpenbeck UWG

Frau Ute Laumann SPD

Herr Mathias Lehmkuhle CDU

Herr Carsten Linnenberg CDU

Frau Andrea Puke UWG

Bürgermeisterin

Frau Dr. Magdalene Heuvelmann

Protokollführer

Frau Gisela Uhlenhake

von der Verwaltung

Herr Helmut Gerding

Gäste

BürgerInnen der Gemeinde Glandorf

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Josef Hesse eröffnet um 19.30 Uhr die heutige Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Ausschussvorsitzender Hesse stellt die ordnungsgemäße Ladung und die anwesenden Ausschussmitglieder fest.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

4. Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Hesse stellt die Tagesordnung fest. Der Tagesordnungspunkt 10 wird wegen fehlender Nachweise von der Tagesordnung genommen. Für die Haushaltsmittelpfanungen 2019 ist die Maßnahme zu berücksichtigen.

Die Tagesordnung wird in der so geänderten Form einstimmig beschlossen.

5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses Nr. 008/2018 vom 11.09.2018

Die Niederschrift Nr. 008/2018 ist allen Ausschussmitgliedern zugegangen und wird einstimmig genehmigt.

6. Bericht der Verwaltung

Zuweisungsquote Flüchtlinge

Fachdienstleiter Gerding berichtet über die Zuweisungsquote von Flüchtlingen. Die Zuweisungsquote umfasst einen Verteilzeitraum bis voraussichtlich Ende 2019 und beträgt für den Landkreis Osnabrück insgesamt 528 Personen. Hinzu kommt noch eine zu erfüllende Unterquote von 208 Personen, in Summe 736 aufzunehmende Personen. Für Glandorf bedeutet das noch eine Aufnahme von 3 Personen.

Öffentliche Toilette

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann berichtet über den Sachstand „öffentliche Toilette“. Sie wird dieses Thema auf dem nächsten Unternehmerfrühstück am 15.11.2018 mit den Unternehmern besprechen. Die Verwaltung ist weiterhin der Ansicht, dass keine öffentliche Toilette benötigt wird. Nach den Gesprächen mit den Unternehmern und Gaststätten wird weiteres veranlasst.

Neubürgertreff

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann bittet die Ausschussmitglieder zu überlegen, ob ein Neubürgertreff wiederholt werden sollte. Sie führt aus, dass der interne Aufwand entgegen der seinerzeitigen Meinung doch sehr hoch ist. So ist man sich innerhalb der Verwaltung nicht darüber einig, ob z.B. ehemalige BürgerInnen von Glandorf nach ihrer Rückkehr in die Gemeinde (erneute Anmeldung) zum Neubürgertreff eingeladen werden sollten. Ebenso wäre es denkbar, ein Neubürgertreff alle zwei Jahre zu veranstalten.

Sie schlägt daher vor, das Thema Neubürgertreff in der nächsten Sozialausschusssitzung mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

Kinderbedarfsplanung

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann teilt den Ausschusmitgliedern mit, dass alle Krippen- und Kindergartenplätze belegt sind. Derzeit fehlen in Schwege Plätze für unter Dreijährige. Es wird derzeit nach passenden Räumlichkeiten innerhalb Schwege gesucht. In der Großtagespflege sind derzeit noch Platzkapazitäten. Aktuelle Zahlen und die Bedarfsplanung für 2019 werden daher dem Protokoll beigelegt.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann teilt mit, dass es für 2019/2020 eine deutliche Entspannung gibt.

Ausschusmitglied Puke teilt mit, dass ihr zugetragen worden ist, dass Glandorfer Kinder im Schweger Kindergarten untergebracht sind.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann ist hierüber nichts bekannt.

In Bezug auf Kinderstube fragt Ausschusmitglied Laumann nach den Platzkapazitäten zum 01.11.2018.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann teilt mit, dass die Belegungsplätze auch von den Eingewöhnungszeiten abhängt. Sie führt weiter aus, dass Eltern, die sich um einen Platz zum Sommer 2019 angemeldet haben, derzeit weder einen Zuweisungs- noch Ablehnungsbescheid bekommen haben. Dieses hängt damit zusammen, dass z.Zt. noch an der Ausarbeitung der neuen Vergabekriterien gearbeitet wird. Zu wann diese neuen Vergabekriterien Bestand haben, ist derzeit noch offen. Ausschusvorsitzender Hesse und Ausschusmitglied Laumann sehen es kritisch, dass die Eltern derzeit noch keinen Bescheid bekommen. Auch die Eltern sind für Zukunftsplanungen auf Zu- oder Absagen angewiesen. Auf die Frage zu wann die Eltern spätestens mit einem Bescheid rechnen können, teilt Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann mit, dass dieses vom AGU6 abhängt. Somit ist der Entscheidungsprozess frühestens im Dezember 2018. Die Ausschusmitglieder sind sich darüber einig, dass dieses für Planungen zum Sommer 2019 für die Eltern zu spät ist. Daher ist man der Ansicht, es bei den bisherigen Kriterien für das Jahr 2019 zu belassen.

Ausschusmitglied Puke verweist auf den Elternwille in Bezug auf den Platz in welcher Einrichtung das Kind gehen soll. Im Sinne der Eltern sollte eine konsolidierte Sichtweise geschaffen werden, so Ausschusvorsitzender Hesse.

Die Fraktionen haben die Forderung gestellt, dass alle Eltern eine Zu- oder Absage zum gleichen Zeitpunkt wie in der Vergangenheit (in IV/18) bekommen.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann teilt dem Ausschuss mit, dass sie diese Frage mitnimmt und mit Frau Huneke in der nächsten Woche das Gespräch fortfahren wird. Sie sichert zu, die Sozialausschusmitglieder zu informieren.

Seitens des Elternrates des Marienkindergartens wird darauf hingewiesen, dass ein Vorschulkind keinen Platz bekommen hat.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann wird sich um die Angelegenheit kümmern.

Steuerungsgruppe „Aktive Mobilität im Alter fördern“

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann berichtet aus der Steuerungsgruppe aktive Mobilität im Alter fördern. Sie verteilt hierzu eine Informationsbroschüre.

7. Förderung der Jugendarbeit im Jahr 2019 - Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 01/285/2018

Fachdienstleiter Gerding entschuldigt sich für die ergangenen Falschberechnungen in Bezug auf die Nichtbeachtung der im vergangenen Jahr beschlossenen Erhöhung der Zuschussbeträge in den Förderrichtlinien auf insgesamt 12.000,00 €.

Er merkt an, dass er die Zahl der anerkannten Jugendlichen beim Antrag der Evangelischen Jugend Bad Laer – Glandorf gegenüber dem Antrag reduziert hat. Dieses hängt mit der Darstellung der teilnehmenden Jugendlichen an den verschiedenen Angeboten zusammen.

Die Ausschussmitglieder weisen nochmals darauf hin, dass in jedem Jahr ein entsprechender Hinweis auf die Antragstellung für die Zuschussgewährung für die Jugendarbeit in der Vereinen und Verbänden zum 01.10. des Jahres im Glandorfer Mitteilungenblatt erfolgen soll.

Beschlussvorschlag:

Die Zahlung der Förderbeträge je Verein für das Jahr 2019 erfolgt entsprechend der vorliegenden Berechnung vom 06.11.2018.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

**8. Zuschussanträge der Büchereien Glandorf und Schwege - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 01/286/2018**

Fachdienstleiter Gerding erläutert den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Puke seit wann das E-Book-System besteht, teilt Fachdienstleiter Gerding mit, dass dieses seit 3 Jahren gefördert wird.

Die Sozialausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, dass von der Bücherei Glandorf eine Auflistung der E-Book-Nutzer anzufordern ist.

Die beantragte Zuschusserhöhung in Höhe von 100,00 € für die Bücherei Schwege wird von den Sozialausschussmitgliedern in Bezug auf die gewährten Zuschussbeträge der vergangenen Jahre für die Bücherei Glandorf von allen getragen.

Beschlussvorschlag:

Die Bücherei Glandorf erhält eine Zuschuss in Höhe von insgesamt 4.100,00 € und die Bücherei Schwege erhält einen Zuschuss in Höhe von 400,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

**9. Antrag KultourGut auf Zuschuss f. Erstellung Ausstellungs-Konzept - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 01/293/2018**

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann trägt den Sachverhalt vor. Sie unterstreicht die Befürwortung des Antrages durch die Verwaltung.

Die Ausschussmitglieder merken an, dass bei einer Bewilligung dieses Antrages weitere Zuschussanträge durch KultourGut folgen könnten. Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann schließt dieses nicht aus.

Nach kurzer Beratung wird der Beschlussvorschlag unterbreitet.

Dem Verein KultourGut wird für die Erstellung eines Ausstellungs-Konzeptes ein Zuschuss in Höhe von 20 % der Gesamtkosten, maximal ein Zuschuss in Höhe von 160,00 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

- 10. Antrag BW Schwege auf Zuschuss zur Brunnenbohrung und Unterwasserpumpe - Beratung und Beschlussfassung**
Vorlage: 01/295/2018

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

- 11. Antrag der Malteser Glandorf auf Unterstützung des First-Responder-Dienstes in 2019 - Beratung und Beschlussfassung**
Vorlage: 01/296/2018

Fachdienstleiter Gerding trägt den Sachverhalt vor.

Die Sozialausschussmitglieder sprechen ihre Wertschätzung für die Arbeit des Malteser Hilfsdienstes aus.

Beschlussvorschlag:

Der Malteser Hilfsdienst erhält aufgrund der vorgelegten Kostenaufstellung für 2018 für die Unterstützung des First-Responder-Dienstes in 2019 einen Zuschuss in Höhe von 1.500,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

- 12. Antrag der "action 365" auf Zuschuss zur Altenarbeit - Beratung und Beschlussfassung**
Vorlage: 01/297/2018

Ausschussvorsitzender Hesse bittet einen Vertreter der „action 365“ aus der Gästereihe den Antrag zu erläutern.

Frau Bartner berichtet über die Arbeit der „action 365“ und erläutert zugleich den Antrag. Sie teilt mit, dass in der Vergangenheit die Kosten mehr oder weniger durch die teilnehmenden Senioren aufgefangen worden sind. Wünschenswert wären aber auch Tages- und Bildungsfahrten, die derzeit aufgrund der hohen Buskosten nicht gemacht werden könnten. So ist z.B. auch die geplante Fahrt zur Krippenausstellung nach Telgte wegen der Buskosten nicht möglich.

Die UWG-Fraktion spricht sich dafür aus, eine finanzielle Sonderregelung wie beim Karnevalsumzug praktiziert, zu ermöglichen. Eine möglicher Zuschussbetrag wäre auch 365,00 €.

Diesem Vorschlag schließt sich die CDU-Fraktion dem Grunde nach an, bittet aber um eine nachträgliche Aufstellung der im Jahr 2019 aufgelaufenen Kosten.
Frau Bartner sichert die Vorlage einer Kostenaufstellung zu.

Auf Anfrage von Ausschussvorsitzenden Hesse wie viel Geld denn benötigt wird, beantragt Frau Bartner einen Zuschuss in Höhe von 400,00 €.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann schlägt vor, der „action 365“ einen Zuschuss in Höhe von 500,00 € zu gewähren und der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, ein Konzept analog der Jugendarbeit im nächsten Jahr zu erstellen.

Beschlussvorschlag:

Der „action 365“ wird für das Jahr 2019 ein Betrag in Höhe von 500,00 € bewilligt, der gemäß Belegnachweis abgerechnet wird.

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, im Jahr 2019 ein Konzept für eine Förderung der Altenbetreuung analog den Regelungen für die Förderung der Jugendarbeit zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	
Enthaltung:	

13. Anpassung der Elternbeiträge zu den Kosten der Gemeinschaftsverpflegung - Beratung und Beschlussfassung **Vorlage: 01/294/2018**

Fachdienstleiter Gerding trägt anhand der versendeten Vorlage mit Auflistung den Sachverhalt vor.

Aus der Aufstellung ist ersichtlich, dass die Elternbeiträge in allen Bildungseinrichtungen nicht annähernd die Kosten der Mittagsverpflegung decken. So lag beispielsweise für das Jahr 2017 lediglich eine Kostendeckung in Höhe von durchschnittlich ca. 55 % vor.

Aufgrund stetig steigender Kosten erhöht sich die Unterdeckung von Jahr zu Jahr.

Da sich die Gemeinde bei der Erhebung von Gebühren und Beiträgen an das Kostendeckungsprinzip zu orientieren hat, sollte eine Sachkostenpauschale in allen Bildungseinrichtungen eingeführt werden. Die Verwaltung schlägt eine auf den Bezugskostenpreis pro Mittagessen basierte pauschale Berechnung vor.

Würden zur Kostendeckung 45 % auf den jeweiligen Bezugskostenpreis pro Mittagessen in den Einrichtungen aufgeschlagen, so würden sich folgende Sachkostenpauschalen ergeben:

Einrichtung	Bezugskostenpreis	Sachkostenpauschale	Elternbeitrag
		ca. 75 %	ab 01.08.2019
Kindertagesstätten	3,00 €	1,35 €	1,00 € 4,00 €
Krippen/Kinderstube	1,50 €	0,67 €	0,50 € 2,00 €
Grundschulen	3,20 €	1,44 €	1,10 € 4,30 €
Oberschule	3,40 €	1,53 €	1,15 € 4,45 €

Unter Berücksichtigung sozialer Aspekte sollten 25 % Freibetrag gewährt werden, so dass die in der vorstehenden Tabelle ermittelten 75prozentigen Sachkosten den jeweiligen Elternbeiträgen aufgeschlagen würden.

Für Eltern mit geringem Einkommen, insbesondere Sozialleistungsbeziehern, besteht die Möglichkeit einer weitgehenden Kostenübernahme im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets. Es verbliebe ein Eigenanteil in Höhe von 1,00 €. Darüber hinaus besteht noch die Möglichkeit zur Ermäßigung der Kosten im Rahmen des Familienpasses.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die vorstehend ermittelten Sachkostenpauschalen erst zum 01.08.2019 einzuführen.

Nach kurzer Beratung spricht sich das Ausschussmitglied Laumann dafür aus, die Kostenerhöhung in einer zeitlichen Staffelung vorzunehmen. Die zeitliche Staffelung wurde nach Abstimmung (Abstimmung: 1 Ja, 5 Nein-Stimmen) abgelehnt. Ferner bittet sie, die Entwicklung der Verwaltungskosten aufgrund der durch unterschiedliche Summen in den Einrichtungen im Auge zu behalten.

Ausschussmitglied Lehmkuhle spricht sich gegen eine Staffelung aus, da bis zur Umsetzung ja noch ein Zeitraum von fast einem Jahr besteht.

Ausschussmitglied Laumann weist darauf hin, dass bei einer Kostenerhöhung vom Antoniusheim in Remsede, die Kostenerhöhung an die Eltern zum 01.08. des nächsten Jahres erfolgt.

Beschlussvorschlag:

Die Elternbeiträge zu den Kosten der Gemeinschaftsverpflegung in allen Bildungseinrichtungen werden mit Wirkung vom 01.08.2019 um eine Sachkostenpauschale entsprechend der vorliegenden Berechnung erhöht. Die Kath. Kirchengemeinde ist aufzufordern, diesen Beschluss für die Kindertagesstätten umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	
Enthaltung:	1

14. Anfragen und Anregungen

Ausschussmitglied Puke erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bei der Stellenausschreibung für eine/n ehrenamtlichen Jugendpfleger/in.

Fachdienstleiter Gerding teilt mit, dass bisher keine Bewerbungen eingegangen sind.

Ausschussmitglied Lehmkuhle berichtet über die App der Initiative mobiler Malteser. Er regt an, diese App bekannter zu machen z.B. über die Homepage der Gemeinde Glandorf.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann weist darauf hin, dass der Rettungsdienst Kreishoheit ist. Sie bezweifelt, dass die Kommunen so aktiv werden können und sollten.

Seitens des Elternrates des Marienkindergartens in Schwege wird nochmal auf die derzeitige Platzsituation im Schweger Kindergarten hinwiesen. Derzeit haben zudem 2 Kinder aus Kattenvenne und 1 Kind aus Lengerich einen Kindergartenplatz und Schweger Kinder nicht.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann verweist auf die vorherigen Vorträge und dass derzeit nach privaten Räumlichkeiten gesucht wird. Bei Engpässen ist das Familienservicebüro, Frau Huneke, stets bemüht, Abhilfe zu schaffen.

In Bezug auf den Kindergartenplatz eines auswärtigen Kindes teilt sie mit, dass dies einem kurzfristig zerschlagenen Familienzuzug geschuldet ist.

Der Elternrat des Marienkindergartens bittet darum, den Schweger Kindern bevorzugt einen Kindergartenplatz zu geben und nicht den zugezogenen Vorschulkindern. Ebenso ist es wünschenswert, dass zukünftig Reserveplätze vorgehalten werden.

15. Schließung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Hesse schließt um 21:19 Uhr die heutige Sitzung.

gez. Josef Hesse
Vorsitzender

gez. Gisela Uhlenhake
Protokollführer